

Antrag

der Abgeordneten Dr. Marcus Faber, Alexander Graf Lambsdorff, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Bernd Reuther, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Ein klares Bekenntnis zur NATO – Das transatlantische Sicherheitsbündnis für die Zukunft stärken und weiterentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In der Präambel des Nordatlantikvertrags zeigten sich die Unterzeichnerstaaten am 4. April 1949 „entschlossen, ihre Bemühungen für die gemeinsame Verteidigung und für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu vereinigen“. 70 Jahre später kann festgestellt werden, dass das NATO-Bündnis erfolgreich Frieden, Demokratie, Freiheit und Recht ihrer Mitgliedstaaten geschützt und verteidigt hat. Auch die Bundesrepublik Deutschland bekannte sich mit ihrem Beitritt am 6. Mai 1955 zur Wertegemeinschaft freier demokratischer Staaten und bekräftigte damit ihre Westintegration nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit der Wiederbewaffnung und der Gründung der Bundeswehr zeigte sich die Bundesrepublik Deutschland bereit, aktiv einen Beitrag zur Abschreckung und Verteidigung innerhalb des Atlantischen Bündnisses zu leisten. Jahrzehntlang Frontstaat im Kalten Krieg konnte sich Deutschland immer auf die Bündnistreue und Solidarität der NATO im Rahmen der kollektiven Verteidigung verlassen. Mit dem NATO-Doppelbeschluss 1979 zeigte die NATO Entschlossenheit zur weiteren glaubhaften Abschreckung und gleichzeitig Gesprächsbereitschaft in der Abrüstungsfrage. Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts erweiterte die NATO

ihr Aufgabenspektrum. Zur Verhütung und Eindämmung von Krisen und Konflikten engagiert sich die NATO seitdem im internationalen Krisenmanagement. Auch Deutschland nimmt an „out-of-area“-Einsätzen teil und führte vor 20 Jahren den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach Ende des Zweiten Weltkriegs bei den NATO-Operationen im Rahmen des Kosovokrieges gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien durch.

Nach und nach vergrößerte sich die NATO auf eigenen Beitrittswunsch junger Demokratien in Mittel- und Osteuropa um Mitgliedstaaten, die selbst an der Garantie der NATO auf Frieden, Freiheit und Demokratie teilhaben und zu ihr beitragen wollen. Gleichzeitig setzte die Allianz durch zahlreiche Partnerschaftsprogramme auf den Dialog mit einer Vielzahl von Staaten und etablierte Kooperationen mit internationalen Partnern und Organisationen. Die NATO bildet ein starkes transatlantisches Band zwischen Europa und Amerika und ist heute mit ihren aktuell 29 und voraussichtlich bald 30 Mitgliedstaaten das bedeutendste und erfolgreichste sicherheitspolitische Bündnis der Welt. Der Nordatlantikpakt ist auch für die Zukunft der Garant für unsere Sicherheit und Freiheit in Europa. Um diese Aufgabe langfristig und erfolgreich erfüllen zu können, muss die NATO politisch und militärisch den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen gewachsen sein. Neben dem Aufbau und der Weiterentwicklung der militärischen Fähigkeiten sind hierfür gerade auch der Zusammenhalt, die Solidarität und die Verlässlichkeit ihrer Mitgliedsnationen von zentraler Bedeutung.

Die Sicherheitslage ist heute eine andere als Anfang der 1990er Jahre. Die nach dem Ende des Kalten Krieges gehegten Hoffnungen, dass aus Russland ein verlässlicher Partner werden würde, haben sich nicht erfüllt. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014, Russlands anhaltend aggressive Politik in der Ostukraine sowie die Aufrüstung und Modernisierung der russischen Streitkräfte, einschließlich Cyberfähigkeiten und der Fortentwicklung der Methoden hybrider Kriegsführung, haben eine strategische Sicherheitspartnerschaft mit Russland in der europäischen Nachbarschaft vorerst in weite Ferne gerückt. Die möglichen sicherheitspolitischen Bedrohungen für die NATO-Staaten haben sich aufgefächert: Aus Sicht der mittel- und osteuropäischen Partner ist die Abschreckung gegenüber Russland wieder zur obersten Priorität der NATO geworden. Die südlichen Mitgliedstaaten legen ihr Hauptaugenmerk auf den internationalen Terrorismus und die Instabilität Nordafrikas. Die Aufgaben im internationalen Krisenmanagement, denen sich die NATO in den vergangenen 20 Jahren hauptsächlich gewidmet hatte, bestehen demgegenüber mit den Engagements in Afghanistan, auf dem Balkan und neuerdings im Irak teilweise ungelöst fort. Darüber hinaus zeichnen sich weitere Herausforderungen ab, wie die militärischen und wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen Chinas, wachsende Bedrohungen im Cyberraum und die Entwicklungen neuer Technologien wie autonomer Waffen oder von Hyper-schall-Raketensystemen.

Diesen komplexen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen kann Deutschland nur gemeinsam mit seinen Partnern in einer starken Allianz begegnen. Der aktuelle Finanzplan der Bundesregierung jedoch demonstriert weder Bündnis-solidarität noch sicherheitspolitische Verlässlichkeit. Deutschlands Ankündigung, bis 2024 1,5 Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben, wurde von den Bündnispartnern positiv aufgenommen. Die aktuelle Finanzplanung hingegen sieht für das Jahr 2023 nur noch einen Anteil von 1,25 Prozent vor. Das unterminiert Deutschlands Ansehen und Stellung im Bündnis nachhaltig. Hierfür sind die sicherheits- und finanzpolitischen Entscheidungen der aktuellen Bundesregierung maßgeblich mitverantwortlich. Dabei könnte und müsste Deutschland in der NATO politische und strategische Impulse setzen. Wichtige Fragen müssen angegangen werden: nukleare Rüstungskontrolle nach Aufkündigung des INF-Vertrags, die Rolle von künstlicher Intelligenz in der Entwicklung militärischer Fähigkeiten, eine Strategie für den Umgang mit China.

Deutschland und andere europäische NATO-Staaten müssen ihre Streitkräfte modernisieren und ihre Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit verbessern. Dazu braucht

es zielgerichtete Investitionen in Ausrüstung, Infrastruktur und Mobilität, Wirkung, Durchhaltefähigkeit und Aufklärung. Auch die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU muss intensiviert werden. Dafür müssen bürokratische Hürden abgebaut und muss der Informationsaustausch verbessert werden. Mit dem Aufbau einer europäischen Armee soll der europäische Pfeiler innerhalb des Bündnisses gestärkt werden.

Die Adaptionsfähigkeit der NATO ist eine zentrale Stärke der Atlantischen Allianz. Dafür braucht die NATO strategische Klarheit und ein eindeutiges Bekenntnis ihrer Mitgliedstaaten. Um die Verteidigungsallianz fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen, müssen sich die NATO-Mitgliedstaaten auf eine neue, gemeinsame strategische Ausrichtung verständigen. Die Schwerpunkte des „Strategischen Konzeptes“ der NATO von 2010, bestehend aus kollektiver Verteidigung, gemeinsamem Krisenmanagement und kooperativer Sicherheit, sind weiterhin gültig. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland und weiteren weltweiten Unsicherheiten hat sich die Bedrohungslage jedoch maßgeblich verändert. Deshalb ist es angesichts der anstehenden außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen notwendig, das Strategische Konzept mittelfristig zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen. Deutschland sollte in diesem zukünftigen Strategieprozess eine führende Rolle übernehmen.

Dafür muss die Bundesregierung selbst strategiefähiger werden. Das bedeutet, dass die Bundesregierung die Werte, Ziele und Interessen für Deutschlands außen- und sicherheitspolitisches Handeln regelmäßig ausformuliert und überprüft. Die Bundesregierung braucht ein außen-, sicherheits- und entwicklungspolitisches Grünbuch, das Denkanstöße liefert, die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland stärkt und die Grundlage für eine internationale Gesamtstrategie der Bundesregierung bildet, die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik vernetzt denkt und abgestimmt gestaltet. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, dass Deutschland bereit ist, langfristig 3 Prozent seiner jährlichen Wirtschaftsleistung in Diplomatie, Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, und den Zusagen und Verpflichtungen gegenüber unseren Bündnispartnern nachkommt. Wenn Deutschland international mehr Verantwortung übernehmen will, muss es sich als verlässlicher Bündnispartner bewähren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich klar und uneingeschränkt zur NATO und ihren Werten und Zielen zu bekennen;
- als verlässlicher Partner alle von Deutschland als NATO-Mitglied eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten;
- die zugesagten NATO-Fähigkeitsziele zu erfüllen, erkannte Fähigkeitslücken zu schließen und eingemeldete Fähigkeiten sicherzustellen;
- langfristig die Erreichung eines 3-Prozent-Ziels für die „drei D“ (Diplomacy, Defence, Development – Äußeres, Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit) anzustreben;
- weiterhin einen starken Beitrag zur Bündnis- und Landesverteidigung zu leisten und dadurch auch das System der kollektiven Verteidigung zu stärken;
- sich an Einsätzen, Missionen und einsatzgleichen Verpflichtungen der NATO, auch in führender Rolle, zu beteiligen;
- die Überführung des deutschen militärischen Engagements im Irak in die NATO-Trainings- und Beratungsmission (NATO Mission Iraq, NMI) anzustreben;
- die strategische Partnerschaft zwischen EU und NATO politisch zu unterstützen und die Zusammenarbeit zu fördern, dabei Doppelstrukturen zu vermeiden und

den Informationsaustausch zu verbessern;

- zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO den Aufbau einer zukünftigen europäischen Armee langfristig voranzutreiben;
- sich für die Stärkung der transatlantischen Beziehungen im Bündnis und bilateral mit den Vereinigten Staaten einzusetzen;
- sich im Rahmen der gemeinsamen Politik der NATO-Mitgliedstaaten dafür einzusetzen, die Bereitschaft für den Dialog mit Russland aufrechtzuerhalten und sich gegenüber den Bündnispartnern für regelmäßige Sitzungen des NATO-Russland-Rates und eine umfassende Transparenz im Umgang mit Russland einzusetzen;
- sich dafür einzusetzen, dass die strategischen Grundlagendokumente der NATO evaluiert und mittelfristig an die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen angepasst werden;
- in Zusammenarbeit mit den NATO-Mitgliedstaaten eine Strategie für den Umgang mit China zu entwickeln;
- sich gemeinsam mit den NATO-Partnern verstärkt mit neuen Technologien zu befassen und gemeinsam mit internationalen Partnern verbindliche und verifizierbare Regeln für deren militärische Nutzung zu erarbeiten;
- sich dafür einzusetzen, dass die NATO innerhalb und außerhalb der Allianz wieder stärker zu einem Forum des politischen Dialogs wird, und in diesem Zuge die NATO wieder zu einem Forum für Rüstungskontrolle zu machen;
- sich im Bündnis und gemeinsam mit den NATO-Partnern weiterhin für den Erhalt des INF-Vertrags als tragenden Pfeiler der nuklearen Rüstungskontrolle in Europa einzusetzen, Russland mit Nachdruck zur Rückkehr zur Vertragstreue aufzufordern und gegenüber den Vereinigten Staaten für den Wert von verbindlichen und verifizierbaren Rüstungskontrollinstrumenten zu werben sowie weitere Staaten wie die Volksrepublik China für eine Erneuerung von Rüstungskontrollverträgen einzubinden;
- sich im Bündnis und gegenüber Russland für die Wiederbelebung eines Dialogs über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa einzusetzen;
- die Strategie- und Handlungsfähigkeit der Bundesregierung kontinuierlich auszubauen und
- ein außen-, sicherheits- und entwicklungspolitisches Grünbuch vorzulegen, das als Grundlage dafür dient, eine Gesamtstrategie für das internationale Handeln der Bundesregierung auszuformulieren.

Berlin, den 2. April 2019

Christian Lindner und Fraktion